

DIE GRENZ-ZEITUNG



PARTEIAMTLICHE ZEITUNG
DER NSDAP., GAU POMMERN

PARTEIAMTLICHE ZEITUNG FÜR DIE KREISE
STOLP, SCHLAWA, BÜTOW, RUMMELSBURG
NACHRICHTENBLATT DER LANDESBAUERNCHAFT, DER DAF,
SOWIE ALLER STAATLICHEN UND STÄDTISCHEN BEHÖRDEN

Jahrgang 1943

Mittwoch, 17. Februar

Nr. 47

Reichsminister Funk und Dr. Goebbels sprachen über das Thema: **Der Sinn der Betriebs-Stillegungen**

Lage im Osten unverändert **Der Druck hält an**

Mobilisierung aller Kräfte für den totalen Krieg — In Deutschland und in den besetzten Gebieten werden nur noch kriegswichtige und lebensnotwendige Waren hergestellt — Weitere Drosselung des Energieverbrauchs in Läden und Haushalten

Kämpfe im Nordteil von Charkow — Die Bevölkerung von Rostow und Woroschilowgrad ging mit den deutschen Truppen zurück — Warum die Orte geräumt wurden

Berlin, 17. Februar.

Berlin, 17. Februar.

Auf einer Arbeitstagung der Leiter der Reichspropagandaämter in Berlin sprach Reichswirtschaftsminister Funk über die jetzt zur Durchführung kommende Schließung zahlreicher Betriebe.

Seit Wochen lassen sich die Meldungen von der Ostfront täglich gleichermaßen zusammenfassen, die schweren Abwehrkämpfe halten unvermindert an, und auf der weiten Front setzt der Feind fast pausenlos mit massierten Panzer- und Infanterieverbänden seine Durchbruchversuche fort.

Diese Stillegungen mußten, so betonte der Minister, aus verschiedenen Gründen angeordnet werden. Erstens wären die in den nicht unbedingt kriegswichtigen Betrieben beschäftigten Männer und Frauen von der Meldepflicht nicht ohne weiteres erfaßt worden, es sei denn, daß sie keine normale Arbeitszeit mehr oder als selbständige Berufstätige nur fünf oder weniger Gefolgschaftsmitglieder gehabt hätten.

Es geht den Bolschewisten nicht darum, Städte wie Rostow und Woroschilowgrad oder Charkow, wo sie in den Nordteil eingedrungen sind und wo der Kampf anhält, zurückzuerobern, sondern ihr Ziel ist die totale Zerschlagung der deutschen Ostfront. Darum sind sie nun auch wieder südöstlich des Ilmensees — zum 3. Male in diesem Winter! — zur Offensive angetreten. Nur weil sie so hoch hinauswollen, und wohl auch glauben, daß sie es — vielleicht mit Unterstützung ihrer Verbündeten, die im gegebenen Augenblick von der anderen Seite Europas angreifen sollen — auch erreichen können, ist der wahnwitzige und geradezu mörderische Aufwand an Menschen und Material zu verstehen. Bolschewistische Divisionen verbluten, zu ungezählten Tausenden gehen seit Wochen — allein am Montag waren es wiederum 157, die vernichtet wurden — die Sowjetpanzer zugrunde. Aber der Druck läßt nicht nach. Im Gegenteil. Durch Heranführung frischer Verbände und durch neue Waffen wird Stalins Befehl, pausenlos die deutschen Linien zu berennen, Tag um Tag durchgeführt.

Zweitens aber muß der zivile Versorgungsapparat im ganzen wesentlich verkleinert werden, weil er vielfach einen starken Leerlauf aufwies und dementsprechend im Verhältnis zu dem tatsächlichen Warenumsatz zu viel Arbeitskräfte und wirtschaftliche Leistungen in Anspruch nahm. Durch die Stilllegung oder Zusammenlegung von Betrieben tritt mithin eine echte Rationalisierung ein.

folg dieser den einzelnen zum Teil schwer treffenden Maßnahmen muß sozusagen sichtbar gemacht werden. Daß die Entschädigung in allen Fällen großzügig und schnell geregelt wird, ist bereits bekannt.

Drittens aber wird durch diese Aktion auch noch eine wesentliche Ersparnis an volkswirtschaftlicher Energie erzielt, indem die stillgelegten Betriebe in Zukunft keinen elektrischen Strom, kein Gas, keine Kohle und keine Pack-, Schreib- und andere Materialien mehr verbrauchen, weder Reichsbahn, Post, Spediteur und sonstige Arbeitskräfte in Anspruch nehmen und gewisse für die kriegswichtige Wirtschaft notwendige Geräte, wie Schreibmaschinen, Telefonapparate, u. a. m. zusätzlich freigemacht werden können.

Unter diesen Voraussetzungen wird das deutsche Volk die Eingriffe in die private Existenz des einzelnen, die jetzt notwendig geworden sind, nicht nur billigen, sondern es wird sie verlangen, weil hierdurch der Front neue Kämpfer und mehr und bessere Waffen zugeführt werden. Die technischen Voraussetzungen für die Steigerung der Rüstungsproduktion, die der Führer verlangt, sind durch den mit außerordentlichen Erfolgen durchgeführten Rationalisierungsprozeß im vergangenen Jahre geschaffen worden. Jetzt kommt es darauf an, für die zur Front einberufenen Arbeitskammeraden Ersatzkräfte zu beschaffen und darüber hinaus noch neue Arbeitskräfte der Kriegswirtschaft zuzuführen, damit die Kriegsproduktion von Rohstoffen und Rüstungsgütern weiter vermehrt und verbessert werden kann.

Viertens schließlich werden auch für die Rüstungsproduktion geeignete Räumlichkeiten frei, z. B. durch die Stilllegung von Warenhäusern oder anderen Großfirmen, und es werden Büroräume für kriegswichtige Verwaltungen in stillgelegten Geschäften eingerichtet werden können, wenn bisher von diesen Stellen der so dringend benötigte Wohnraum oder Hotelzimmer in Anspruch genommen wurden, was ja leider im großen Umfange der Fall ist.

Den Schluß der Tagung bildete eine Rede von Reichsminister Dr. Goebbels. Der Minister gab den für die propagandistische Arbeit in Partei und Staat verantwortlichen Männern ein Bild vom Schicksalskampf unseres Volkes und schilderte die sich aus der bolschewistischen Bedrohung und der dagegen angesetzten totalen Mobilisierung des Reichs ergebenden Folgerungen und Aufgaben.

Es muß noch mehr Kohle gespart werden

Der Nutzen, den die kriegsbedingte Verkleinerung des Versorgungsapparates mit sich bringt, ist aber mit der Aufzählung dieser Tatbestände keineswegs erschöpft. Bei den Waren, die als kriegswichtig und lebensnotwendig zu gelten haben — und nur noch solche Waren werden in Zukunft in Deutschland und in den besetzten Gebieten hergestellt werden — wird der Käufer von nun an zwar vielfach einen etwas weiteren Weg für den Einkauf zurücklegen müssen, dafür aber auch auf reichliche Auswahl und schnellere Abfertigung und die Befriedigung eines mannigfaltigeren Bedarfs an einer Stelle rechnen können.

Für die einzelnen Wirtschaftsbezirke wird die bisherige Warenversorgung durch Übertragung an Vorräten aus geschlossenen Geschäften in solche, die weiterhin geöffnet bleiben, im ganzen sichergestellt. Was der Kunde bisher in einem jetzt zur Schließung gelangenden Spezialgeschäft kaufen konnte oder wollte, kann er in Zukunft in einem Laden erhalten, der nicht nur diesen Spezialartikel, sondern die verschiedensten Waren führt. Bei größeren Vorräten ist aber auch die Versuchung zur Zurückhaltung von Waren oder von Tauschgeschäften mit „Bückware“ geringer als bei einem ständig größer werdenden Mangel an Waren.

Es werden in Zukunft zu den Einsparungen in den stillgelegten Betrieben auch scharfe Drosselungsmaßnahmen im Energieverbrauch überall anderswo treten, auch bei

den offenzuhaltenden Läden, in den Haushalten und insbesondere in den Büroräumen der Behörden, weil wir mit unserem wertvollsten Rohstoff, der Kohle, trotz stark erhöhter und noch ständig wachsender Produktion weit sparsamer umgehen müssen als bisher, wenn wir die gigantischen Anforderungen an Kohle und Energie erfüllen wollen, die die Rüstungsproduktion verlangt.

Überdies werden auch die alten Geschäftsleute unschwer an einer kriegswichtigen Stelle, z. B. im Lebensmittelhandel eingesetzt werden können. Dies wird auch von den von der Schließung Betroffenen begrüßt werden, weil sie nunmehr eine für den totalen Kriegseinsatz wichtige Aufgabe erhalten und nicht mehr krampfhaft eine nicht kriegswichtige Arbeit aufrechtzuerhalten brauchen, bei der sie sich als mehr oder weniger überflüssig betrachten mußten in einer Zeit, die gebieterisch den Einsatz aller Kräfte für kriegswichtige Aufgaben verlangt.

In diesen Fällen wird man allerdings hinsichtlich der Art der Schließung und der Verwertung der noch vorhandenen Warenbestände behutsam und besonders rücksichtsvoll vorgehen. Soweit es geht, soll ja überhaupt nach Möglichkeit dem Inhaber des stillgelegten Betriebes die Gewissheit erhalten bleiben, daß er sein Geschäft nach Beendigung des Krieges alsbald wieder eröffnen kann. Soweit als möglich soll ihm also die Substanz erhalten bleiben, insbesondere das Mobiliar, das zum Betrieb des Geschäfts dringend notwendig ist. Es wird überdies in einigen Geschäftszweigen Vorräte geben, die nicht übertragbar sind, weil die ganze Branche geschlossen wird und weil sie auch nicht im Interesse einer kriegsnotwendigen Verbraucherversorgung verwertet zu werden brauchen (Juwelen, Schmuck, Gemälde, Kunstgegenstände, Dinge mit Sammelwert u. a.). In diesen Fällen wird zunächst die vorgeschriebene Bestandsaufnahme genügen und die Vorse, daß in solchen Waren nicht ein „Schwarzer Markt“ mit allen seinen Übeln, insbesondere auch psychologisch gefährlichen Auswirkungen, entsteht.

Grundsätzlich müssen die jetzt zur Durchführung gelangenden Maßnahmen so getroffen werden, daß die davon betroffenen Kreise ihre Notwendigkeit erkennen, aber auch einzusehen vermögen, daß vernünftig und gerecht vorgegangen wird. Der Er-

Frankreich führt Arbeitsdienstpflicht ein

Beschluß des Ministerrats unter Vorsitz Pétains — Drei Jahrgänge werden einberufen
Dauer der Arbeitsverpflichtung zwei Jahre — Über: den Arbeitseinsatz in Deutschland

Drahtbericht unseres Korrespondenten

Paris, 17. Februar.

Unter dem Vorsitz des Marschalls Pétain hat der französische Ministerrat die Einführung der Arbeitsdienstpflicht beschlossen. Das Gesetz erfaßt alle jungen Franzosen, die zwischen dem 1. Januar 1920 und dem 31. Dezember 1922 geboren sind. Die Dauer der Arbeitsverpflichtung ist auf zwei Jahre festgesetzt worden. Eine Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht auf weitere Jahresklassen ist vorgesehen, sobald neuer Bedarf an Arbeitskräften auftritt. Der Ministerrat hat ferner die Meldepflicht aller Franzosen bei Änderung des Wohnsitzes gesetzlich eingeführt.

Diese einschneidenden Maßnahmen sollen ermöglichen, daß trotz der Abgabe von Arbeitskräften an Deutschland die lebensnotwendigen Arbeitsleistungen in Frankreich aufrechterhalten bleiben. Vor allem soll die Landwirtschaft mit den notwendigen Arbeitskräften versorgt werden.

Schon Anfang Februar hatte die Regierung eine Zählung aller arbeitsfähigen Männer zwischen 21 und 31 Jahren angeordnet, um die Unbeschäftigten und Minderbeschäftigten zu erfassen. Diese Zählung hat aber nicht zu ihrem Ziel geführt, so daß nunmehr das Arbeitspflichtgesetz eingeführt werden mußte.

Über die Widerstände und die letzten Gründe zur Einführung der Arbeitspflicht erfahren wir folgende Einzelheiten: der Einsatz französischer Arbeiter in Deutschland, der schon 1941 durch Freiwilligenmeldungen begonnen hatte, nahm im vorigen Jahr be-

achtliche Ausmaße an, nachdem Gauleiter Sauckel ein Netz von Anwerbebüros über ganz Frankreich gespannt hatte.

Etwa Mitte des vorigen Jahres mußte jedoch festgestellt werden, daß der Strom der Arbeitskräfte nach Deutschland sich durch unsichtbare Hemmungen verminderte. Bald stellte sich heraus, daß die britische Agitation sich eingeschaltet hatte und bemüht war, den französischen Arbeitseinsatz in Deutschland zum Scheitern zu bringen. Es waren aber weniger die Arbeiter selbst, die sich dadurch beeinflussen ließen, sondern französische Kapitalistenkreise. Diese versuchten, die Arbeiter mit der Drohung einzuschüchtern, daß sie ihnen nach dem Kriege keine Beschäftigung geben würden, wenn sie in Deutschland arbeiteten. Dieser Sabotage wirkte nun die Regierung Laval entgegen, indem sie begann, von sich aus die Arbeiter nach Deutschland zu schicken. So wurde am 4. September durch ein Gesetz die Erfassung aller Arbeitskräfte, die in Frankreich nicht voll beschäftigt sind, bestimmt. Es wurde aber bald klar, daß auch dieses Gesetz nicht ausreichte. So kam es zu der nun eingeführten Arbeitspflicht. Während bisher nur die Arbeiter gewisser Produktionszweige erfaßt wurden, werden nunmehr alle Franzosen, ohne Unterschied ihrer sozialen Herkunft und Stellung, herangezogen.

Die gesamte Pariser Presse berichtet in größter Aufmachung über die Einführung der Arbeitspflicht und betont, daß es Frankreichs Pflicht sei, sich in die europäische Gemeinschaft einzureihen und mitzuhelfen, Europa zu stärken.

Nur ein Gesetz: Krieg und Sieg

Freiherr von Richthofen vom Führer zum Generalfeldmarschall befördert
Beförderung der Generale Ritter von Greim und Lörzer zu Generalobersten

Aus dem Führerhauptquartier, 17. Februar
Der Führer hat den Chef einer Luftflotte, Generaloberst Freiherrn von Richthofen, zum Generalfeldmarschall befördert.

Außerdem beförderte der Führer die Generale der Flieger Ritter von Greim und Lörzer zu Generalobersten.

„Europa schmiedet fieberhaft neue Waffen“

„Die Lage an der Ostfront ist ernst, und das italienische Volk blickt mit größter Spannung auf den unvermindert harten Kampf, der mit dem Sieg der Achsenmächte oder der Bolschewisierung ganz Europas enden kann.“ So lautet ein italienischer Rundfunkkommentar, den Mario Appellius zu den Ereignissen gab. Er fuhr fort: „Aber nicht nur das italienische Volk, sondern alle Völker Europas warten mit angehaltenem Atem auf das Ende der bolschewistischen Offensive. Diese Offensive ist nicht zu Ende, und nach drei Monaten tobt der Kampf erbitterter denn je auf einer Frontlinie, die ungefähr von Orel bis nach Rostow verläuft. Dieser Frontverlauf zeigt, daß es den Sowjets im südlichen Abschnitt der Ostfront gelungen ist, größeren Geländegewinn zu erzielen. Aber sie haben diesen Gewinn mit ungeheuren Verlusten teuer bezahlen müssen. Stalins wahres Ziel ist weder Rostow noch Charkow, sondern die Zertrümmerung der europäischen antibolsche-

